

Halle und Umgebung.

Halle, den 18. Dezember 1916.

Geschäftsschluss am Heiligabend.

Bekanntmachung.

Am Sonntag, den 24. Dezember 1916, wird die Verkaufszeit in offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes bis abends um 6 Uhr verlängert.

Die Polizeiverwaltung.

Margarineverkauf.

Bekanntmachung.

Am Dienstag, den 19. Dezember 1916, wird auf dem hiesigen Markte in der Laulmischke und auf dem Schlachthofe vormittags von 8-12 Uhr und nachmittags von 2-6 Uhr auf die Nummern 24 001-27 000 der Lebensmittelräumliche Margarine verkauft.

Der Magistrat.

Einschränkung der Schaufensterbeleuchtung.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 11. Dezember 1916, betr. die Sperrung von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln, wird hierdurch für den Stadtfreis Halle angedeutet, dass eine Außenbeleuchtung der Schaufenster lediglich in denjenigen Fällen zugelassen wird, in denen eine Innenbeleuchtung der Schaufenster unterbleibt und die Außenbeleuchtungsgeräte die Einschränkung der Beleuchtung auf ein Mindestmaß gestatten.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Verkauf von Weis, Weis, Strickwaren auf Jahrmärkten. Die Vorschriften über die Regelung des Verkehrs mit Weis, Weis- und Strickwaren gelten auch beim Verkauf auf Jahrmärkten, Weihnachtsmärkten und dergleichen. Gemeinwerbende dürfen im Kleinhandel Weis, Weis- und Strickwaren, soweit diese nicht auf den sogenannten Weihnachtsfesten oder den Kontoren des Jahres ausgesetzt sind, nicht öffentlich überlassen oder den Kontoren des Jahres weder ganz noch teilweise annehmen, bevor sie nicht in dem Besitz des den Käufern von der zuständigen Ausgabebehörde abgetesteten Zeugnisbescheinigung sind.

Der Magistrat.

Schätzpreise für Zündhölzer.

Amlich wird bekanntgegeben: Auf Grund des § 1 der Verordnung über den Verkehr mit Zündwaren vom 10. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzl. S. 1493) wird folgendes bestimmt:

Table with 2 columns: Description of matches (e.g., 'für 1/2 Kiste zu 1000 Stücken') and Price (e.g., '350,00 M.'). Includes categories for 'Schachteln oder Koffern' and 'Einzeln'.

für die unter A 113 genannten Zündhölzer für die Schachtel oder den Koffer. 25 Pf. Kleinhändler für jeden Verkauf an den Verbraucher.

§ 4. Andere Arten Zündhölzer als die in § 1 genannten herzustellen, ist verboten mit Ausnahme von Westfälischen Zündhölzern, Büchchölzern (Wattenhölzern) und Stummhölzern.

§ 5. Dem Reich Deutscher Zündhölzfabrikanten, Berlin, liegt es ob, die zur Vermeidung des Schatzes der Seereserverwaltungen und der Marinerverwaltungen erforderlichen Mengen von Zündhölzern auf die einzelnen Hersteller von Zündhölzern nach näherer Bestimmung des Reichsanwaltes im Verhältnis der Steuerkontingente unter Berücksichtigung etwaiger Kontingentsübertragungen umzusetzen.

§ 6. Wer den Bestimmungen des § 3 Abs. 2 oder des § 4 widerhandelt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfshundert Mark bestraft.

§ 7. Die Bestimmungen gelten nicht für Zündhölzer, die im Ausland hergestellt sind.

§ 8. Die Bestimmungen treten mit dem Tode der Verkündigung, § 3 Abs. 2 und die §§ 4, 6 jedoch erst mit dem 1. Januar 1917 in Kraft.

Zeitige Freigabe von Spargels- und Erbsienkonserven.

Das Kriegsernährungsamt hat sich entschlossen, 20 Proz der bei den einzelnen Händlern am 20. Dezember 1916 vorhandene Vorräte an Spargels- und Erbsienkonserven zum Abgabe freizugeben, wobei durch besondere Einschränkungen Sicherheit dafür, dass dieser Satz nicht überschritten wird und dass ein Sammlern der Vorräte vermieden wird, getroffen sind.

Die Freigabe wird für die Zeit vom 20. Dezember 1916 bis 10. Januar 1917 angedeutet. Die Gemeindebehörden werden sie zu übernehmen haben. Sie erfolgt, um der Bevölkerung für die Feiertage der Weihnachts- und Neujahrszeit den Kauf dieser Konserven zu ermöglichen.

Die Verteilung der übrigen vier Fünftel der Vorräte wird zulammen mit der Verteilung der Sauerkraut- und Borsgergemischungen vorbereitet. Die entsprechenden Vorbereitungen der Reichsstelle für Gemüse und Obst sind sich in dem Abschluss.

Großer Andrang zum vaterländischen Hilfsdienst.

WTB, Berlin, 18. Dezember. Die überaus zahlreichen freiwilligen Meldungen zum vaterländischen Hilfsdienst, die dem Kriegsdienst- und Generalamtsamt bis her zugegangen sind, zeigen in erfreulicher Weise, wie tief der Gedanke des Ganzen im deutschen Volke Wurzel gefasst hat. Sie berechtigt zu den besten Hoffnungen für die weitere erfolgreiche Durchführung. Es sei aber darauf hingewiesen, dass es nicht dem Geiste des Gesetzes entspricht, wenn Persönlichkeiten, die eine nützliche Tätigkeit im Sinne des vaterländischen Hilfsdienstes ausüben, diese aufgeben, um an anderer Stelle im Hilfsdienst Verwendung zu suchen. Der Drang zur Weidung wird auch später noch keine Befriedigung finden, nachdem die Organisation, die selbstverständlich nicht auf einmal geschaffen werden kann, weiter fortgeschritten sein wird. Wiederholt wird betont, dass bis auf weiteres nur freiwillige Meldungen gefordert werden. In den schon erlassenen und demnächst noch zu erwartenden Bestimmungen sind daher auch nur Vorbedingungen zur freiwilligen Weidung zu enthalten. Auch die Vorbereitungen, die von Seiten industrieller Verbände in die Wege geleitet sind, verfolgen zunächst nur den Zweck, dem Kriegsdienst notwendigen Unterlagen zu schaffen zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Industriezweige sowie auf Grund der sachmännlichen Kenntnis Vorschläge für spätere Maßnahmen zu unterbreiten. Es liegt nicht in der Absicht des Kriegsamtes jetzt schon etwa Beschränkungen einzuführen oder gar still zu legen, die die notwendigen Voraussetzungen für die anderweitige Verwendung der Arbeitskräfte gegeben sind.

Zurückstellung einzelner Wehrpflichtiger.

Von amtlicher Stelle wird uns mitgeteilt: Noch immer zahlreich eingehende anonyme Zuschriften und Anzeigen über angeblich ungedrehtfertige Zurückstellung einzelner Wehrpflichtiger lassen erkennen, dass weite Kreise über die Bestimmungen, nach denen Zurückstellungen zulässig sind, nicht hinreichend unterrichtet sind.

Zunächst ist es Grundrecht, dass in erster Linie alle kriegsverwendungsfähigen Personen von dem Wehrdienst herangezogen werden. Sodann benötigt das Feldheer aber zur Auffüllung der Armierungsbattalione alle in der Heimat Entbehrlichen, die „a. v. f. W.“ geführten sind.

Die „a. v. u. n. a. v.“ Leute werden ferner in den heimatischen Ersatzgruppen zum Nach- und Sicherheitsdienst und für andere rein militärische Dienstzweige benötigt, soweit sie nicht durch Hilfsdienstpflichtig erlegt werden können. Ausgeschlossen werden auch sehr zahlreiche „a. v. u. n. a. v.“ Leute ins Feld geschickt, um dort hinter der Front die kriegsverwendungsfähigen Soldaten abzugeben, so z. B. als Schreiber bei den Kommandobehörden, als Offiziersbedienen,

Ordnungen pp. an den Feldküchen, bei der Bagage usw., außerdem gebraucht man ihrer in der Etappe zum Nachschub und Waghilfen.

In all diesen ist natürlich immer großer Bedarf, so dass dauernd solche Leute zur Einstellung kommen müssen.

Veranlassung ist es bei der genannten Zusammenfassung unserer für Heeresbedarf tätigen Soldatenteile mit ihren Tausenden von Sonderbetrieben unermesslich, dass einzelne mit Spezialkenntnissen und Fertigkeiten ausgestattete, überhaupt nicht zu ersetzende Personen nicht für die Weeresdienst freigegeben werden können, auch wenn sie kriegsverwendungsfähig sind. Diese Leute leisten dem Vaterlande an ihrer Arbeitsstätte ungleich wertvollere Dienste, als mit der Waße auf dem Schlachtfelde. Ob solche kriegsverwendungsfähigen Personen nun tatsächlich unentbehrlich und unersetzbar sind, unterliegt genauer Prüfung durch die Weeresbehörde besonders ausmachte Fachoffiziere, durch die Gewerbe-Inspektoren und andere amtliche Aufsichtsbehörden.

Daher auch einzelne Personen in leitenden Stellen großer industrieller Unternehmungen, des Handels oder der Gewerbe sowie der für die Zwecke der Volksernährung erforderlichen amtlichen und privaten Einkaufs- und Verteilungstellen nicht zum Heeresdienst herangezogen werden können, sowie auch solche leitenden Personen, wie Geschäftsführer, Inspektoren usw. für die Landwirtshaft in vielen Fällen unentbehrlich sind, kann nicht bestritten werden. In diesen Fällen sind die genannten ausnehmend zur Einstellung kommen, so würde nicht nur die Erhaltung der Produktion, sondern auch überhaupt die ganze Ernährung des Volkes wie des Heeres ernstlich in Frage gestellt werden.

Um einen einigermaßen geordneten Geschäftsbetrieb bei unseren Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden zu gewährleisten, bedürfen auch diese einer großen Anzahl von Beamten, die monatelang kriegsverwendungsfähig und trotzdem unentbehrlich sind.

Zurückstellungen auf Grund eigener häuslicher usw. Verhältnisse erfolgen allgemein nur noch in nachweisbar geringen Fällen, wenn sie zur Vermeidung eines äußeren Notstandes erforderlich sind. Auch berufliche Gründe werden beim Heere Generalamtsamt auf das eingehende geprüft.

Wie bereits vor einiger Zeit bekannt gegeben worden ist, sind Reklamationen aller nachweislich unentbehrlichen Personen bis Ende dieses Jahres durch die Zivilvorstände der Ersatzkommissionen dem stellvertretenden Generalamtsamt einzureichen. Ausgenommen sind die Betriebe der Kriegsinindustrie, welche unmittelbar durch die Abteilung III des Generalamtsamt bearbeitet und geprüft werden. Wenn dies erst, nachdem die Reklamationen in die Reklamationen alle diese Reklamationen bis zum 1. Januar 1917 in die Reklamationen der Ersatzkommissionen der Hand hat, eingereicht werden, bestimmungsgemäß grundsätzlich abgelehnt werden. Selbstverständlich werden Reklamationen, die von noch nicht einberufenen Leuten vorgelegt werden, nach wie vor geprüft.

Wemerkt wird noch, dass eine Zurückstellung von kriegsverwendungsfähigen Wehrpflichtigen zwecks Vorbereitung und Abfertigung von Prüfungen, also z. B. von Schülern des Jahrgangs 1898, nicht mehr erfolgt. Auf Antrag der Schulbehörden können jedoch bereits eingeleitete Mannschaften zur Abfertigung von Prüfungen auf kurze Zeit beurlaubt werden. In diesem Falle sind die betr. Gesuche unmittelbar dem Trupprezident vorzulegen.

Von jetzt ab werden auch alle Kellner, Diener und die in ähnlichen Stellungen tätigen Wehrpflichtigen, gleichviel, ob sie kriegsverwendungsfähig sind oder nicht, nicht mehr zurückgestellt. Die betreffenden Arbeitgeber, z. B. Weitzer von Gastwirtschaften, tun daher gut, sich schon jetzt nach anderweitigem, nicht leicht weibllichem Ersatz umzusehen.

Alle in Betracht kommenden Stände und Berufe können verifiziert sein, dass die Behörden nach wie vor Reklamationen auf das eingehende prüfen, und, soweit militärische Interessen nicht empfindlich berührt werden, möglichst und gerecht berücksichtigen werden.

Weihnachten und Neujahr am Kaiserhof.

Berlin, 16. Dechr. Das Weihnachts- und Neujahrstfest wird in der königlichen Familie dem Ernte der Zeit entsprechend wiederum in der Stille begangen werden. Ihre Majestät die Kaiserin und Königin lassen bitten, von den für etwa zugehenden Beglückwünschungen freizubleiben.

Bierpreisserhöhung.

In einer Aussprache zwischen den Vorständen der Galt- und Brauereiwirts vom Halle und Umgebung und Vertretern des Brauereiwirts für Sachsen und Thüringen, Grunze Halle, wurde festgestellt, dass die Galtwirtschaften für die Bedienung ihrer Kundshaft nur noch 6-8 Prozent Bier aus dem heimischen Brauereiwirts geliefert werden könnten, nachdem 10 Prozent die Seeresverwaltungen für sich beanprucht hat. Die Brauereiwirts erklärten sich bereit, da diese Menge nicht zureicht, um den Brauereiwirts aus dem Vorrat und dem Ertrag, wo der Verbrauch fast ganz aufgebracht habe, Bier zu liefern, doch sei das den Brauereiwirts nur möglich, wenn sie einen um 13-20 Mark höheren Preis bezahlen, so dass dann wiederum die Galtwirts 45-52 Mark für das Dettoliter bezahlen müßten. Demgemäß wurde vereinbart, bei Zahlung von hohen Vertragsstrafen, daß die Galtwirts von Halle und Umgebung den Brauereiwirts um 5 Pfennig pro Glas, gleichviel welches Gemisch, erhöhen. Auch für hiesige Biere wurde durchweg ein Aufschlag von 5 Pf. pro Glas vereinbart.

Tagesordnung für die außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten.

- am Mittwoch, den 20. d. Mts., nachm. 4 Uhr. Öffentliche Sitzung: 1. Errichtung einer Ufermauer an der Dessauer Straße. 2. Kanalarbeitbetrag der Friedhofserneuerung. 3. Eintragung eines Heims „Jugendhaus“. 4. Verachtung der Katscherwirtschaft. 5. Nachbegleichung für die Weeresdienst. 6. Annahme einer Stiftung. 7. Teuerungsausgleich. 8. Einmalige Teuerungsausgleich. 9. Landtausch und Verkauf in Ammenberg. 10. Verbindungsstatut zwischen Saale und Steinlach. 11. Beitritt zum Holzverbandsverein.

Nichtöffentliche Sitzung:

- 12. 14. Siechenmannswahl. 15. Armenpflanzwerk. 16. Grundbesitz. Der Stadtverordneten-Vorstand. K. H.





